



# Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten

## (Verordnung über die Unfallverhütung, VUV)

vom ...

---

*Der Schweizerische Bundesrat  
verordnet:*

I

Die Verordnung vom 19. Dezember 1983<sup>1</sup> über die Unfallverhütung wird wie folgt geändert:

*Art. 32c* Flüssiggasanlagen

<sup>1</sup> Anlagen und Einrichtungen zur Lagerung und zur Nutzung von Flüssiggas (Flüssiggasanlagen) sind so zu erstellen, zu betreiben und in Stand zu halten, dass Brände, Explosionen, Flammenrückschläge und Vergiftungen vermieden werden und dass Schäden im Störfall begrenzt bleiben.

<sup>2</sup> Sie sind vor mechanischen Beschädigungen und vor Brandeinwirkung zu schützen.

<sup>3</sup> Der Aufstellungsbereich von Flüssiggasanlagen muss ausreichend belüftet sein. Abgase und Abluft sind gefahrlos abzuführen.

<sup>4</sup> Die Flüssiggasanlagen sind vor der Inbetriebnahme, nach Instandhaltungen und nach Änderungen sowie periodisch zu kontrollieren, insbesondere hinsichtlich der Dichtheit.

<sup>5</sup> Sie dürfen nur von Personen erstellt, geändert, in Stand gehalten und kontrolliert werden, die ausreichende Kenntnisse nachweisen können.

<sup>6</sup> Die Koordinationskommission erlässt Richtlinien zum Arbeitnehmerschutz beim Erstellen von Flüssiggasanlagen, beim Umgang damit, bei der Kontrolle und über die erforderliche fachliche Qualifikation. Überdies berücksichtigt sie Artikel 49a der Verordnung vom 19. Juni 1995<sup>2</sup> über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge und Artikel 129 der Binnenschiffahrtsverordnung vom 8. November

SR 833.12

<sup>1</sup> SR 832.30

<sup>2</sup> SR 741.41

1978<sup>3</sup>. Sie überträgt die Erarbeitung der Richtlinien einer Fachkommission, in der die betroffenen Bundesämter und der Verein «Arbeitskreis LPG<sup>4</sup>» vertreten sind.

## II

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

### 1. **Verordnung vom 19. Juni 1995<sup>5</sup> über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge**

#### *Art. 49a* Flüssiggasanlagen

<sup>1</sup> Soweit diese Verordnung keine besonderen Bestimmungen zu Flüssiggasanlagen enthält, richten sich die Erstellung, der Betrieb und die Instandhaltung solcher Anlagen nach Artikel 32c der Verordnung vom 19. Dezember 1983<sup>6</sup> über die Unfallverhütung.

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben Weisungen des Bundesamts für Strassen.

### 2. **Binnenschiffahrtsverordnung vom 8. November 1978<sup>7</sup>**

#### *Art. 129<sup>8</sup>* Flüssiggasanlagen

<sup>1</sup> Anlagen und Einrichtungen zur Lagerung und zur Nutzung von Flüssiggas in Schiffen (Flüssiggasanlagen) sind so zu erstellen, zu betreiben und in Stand zu halten, dass Brände, Explosionen, Flammenrückschläge und Vergiftungen vermieden werden und dass Schäden im Störfall begrenzt bleiben.

<sup>2</sup> Sie sind vor mechanischen Beschädigungen und vor Brandeinwirkung zu schützen.

<sup>3</sup> Der Aufstellungsbereich von Flüssiggasanlagen muss ausreichend belüftet sein. Abgase und Abluft sind gefahrlos abzuführen. Die Gasbehälter müssen oberhalb der Wasserlinie untergebracht und so erstellt sein, dass austretendes Gas bei normalem Trimm und normaler Krängung gefahrlos abgeführt wird.

<sup>4</sup> Die Flüssiggasanlagen sind vor der Inbetriebnahme, nach Instandhaltungen und nach Änderungen sowie periodisch zu kontrollieren, insbesondere hinsichtlich der Dichtheit.

<sup>5</sup> Sie dürfen nur von Personen erstellt, geändert, in Stand gehalten und kontrolliert werden, die ausreichende Kenntnisse nachweisen können.

<sup>3</sup> SR 747.201.1

<sup>4</sup> Liquefied Petroleum Gas

<sup>5</sup> SR 741.41

<sup>6</sup> SR 832.30

<sup>7</sup> SR 747.201.1

<sup>8</sup> Artikel 129 in der Fassung gemäss Änderung vom 14. Oktober 2005 (AS 2015 4351) wird mit der vorliegenden Änderung hinfällig.

<sup>6</sup> Der Erlass von Richtlinien zu dieser Bestimmung richtet sich nach Artikel 32c Absatz 6 der Verordnung vom 19. Dezember 1983<sup>9</sup> über die Unfallverhütung. Soweit erforderlich, kann das Bundesamt für Verkehr ergänzend Weisungen erlassen.

### III

Diese Verordnung tritt am 1. April 2017 in Kraft.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Doris Leuthard

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

<sup>9</sup> SR 832.30